

## WAHLEN

## ANALYSE

## Bürger Trend

Im schwäbischen Illertissen wollte ein Bürger die Kreuze nicht schlagen. „Ihr könnt ja weniger als nichts“, zitierte er auf dem Stimmzettel Jesaja 41,24, „und euer Tun ist weniger als Null. Abscheulich ist, wer euch erwählt.“

33 548 458 Deutsche wählten doch. 46,1 Prozent stimmten für CDU oder CSU, 42,7 Prozent hielten es mit der SPD, 5,8 blieben bei der FDP. In 248 Wahlkreisen bestimmten die Stimmbürger, wer sie in Bonn direkt vertreten soll: 127 Sozialdemokraten und 121 Unionschristen.

Auch diesmal, so scheint es, blieb vieles beim alten. Und doch verrückte

In Bremen, wo die Sozialdemokraten noch vor Wochen im Sog der Baulandaffäre auseinanderzutreiben drohten, gewann die SPD 3,5 Prozent hinzu und erreichte mit 52 Prozent das höchste Bundestags-Wahlergebnis seit Kriegsende.

Frauen, die nach aller Erfahrung die bürgerliche CDU begünstigen, stimmten in Köln zu 58 Prozent für die Sozialdemokraten. Und in Nürnberg-Süd war es eine Frau, Bundesgesundheitsministerin Käthe Strobel, die der SPD zum höchsten Zweitstimmenanteil (50,9 Prozent) in Bayern verhalf.

Die Freidemokraten, die nach einer Analyse des Kölner Zentralarchivs für empirische Sozialforschung in der Sympathieskala der Wähler vor dem 28. September rapide nach oben stiegen und ihren Stellenwert im Vergleich zu ihrer bislang erfolgreichsten Bundestagswahl 1961 nahezu verdop-

Vorsitzenden Strauß zum Tier-Zitat inspirierte, verlor der FDP-Kandidat 100 Prozent, der SPD-Bewerber 50 Prozent des Stimmanteils: der eine den letzten, der andere den vorletzten Wähler.

Undank zeigten die Einwohner der Kölner Konrad-Adenauer-Siedlung, die auf Betreiben der CDU angelegt worden war; sie wählten zu 48,2 Prozent SPD. Und im westfälischen Wahlkreis Siegen-Wittgenstein raubte der Genosse Hermann („Männe“) Schmidt dem christdemokratischen Edelmann Botho Prinz zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein das bislang behauptete Direktmandat.

Der Fall ist beispielhaft: Nie zuvor in einer Bundestagswahl bescherte die Direktwahl den Bewerbern so viel persönlichen Triumph und so viel persönliches Ungemach. Mehr denn je waren die Wähler geneigt, ihre Stimme zu teilen, mal die eine Partei, mal den anderen Kandidaten zu wählen.

Teils geschah das Ticket-Splitting aus politischem Kalkül. So bei FDP-Wählern in Hamburg-Wandsbek, wo die Freidemokraten knapp 6000 Stimmen mehr bekamen als ihr Kandidat, die SPD-Kandidatin Dr. Ilse Elsner hingegen knapp 7000 Stimmen mehr einheimste als ihre Partei. Und so im Wahlkreis Kreuznach, wo SPD-Kandidat Wilhelm Dröscher einen Erststimmenvorsprung von knapp 6000 vor den SPD-Zweitstimmen erreichte, während sein FDP-Rivale Dr. Hans Friderichs fast 6000 Erststimmen weniger bekam als seine Freidemokraten.

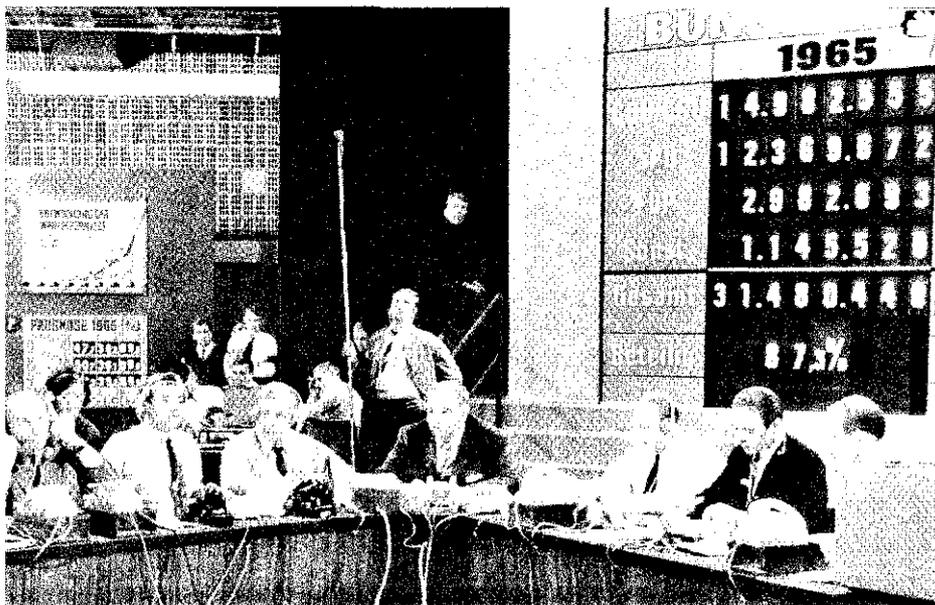
Teils galt der Stimmbruch der Popularität des Bewerbers — wie bei den SPD-Ministern Georg Leber (6263 Stimmen Vorsprung) und Erhard Eppeler (7257) oder den Unions-Kämpfern Dollinger (5123 Stimmen Vorsprung) und Stoltenberg (4676).

Teils aber auch rechneten die Wähler mit unbeliebten Kandidaten ab. Strauß-Intimus Friedrich Zimmermann entzogen die Landshuter Wähler 6189 Erststimmen, seinem Kollegen Richard („Kopf ab“-)Jaeger in Fürstentfeldbruck 4103. Vertriebenenfunktionär Reinhold Rehs, der kurz vor der Wahl von der SPD zur CDU übergewechselt war und in dem scheinbar sicheren Wahlkreis Verden kandidierte, wurde um 4211 Stimmen niedriger dotiert als seine Partei und fiel durch.

Am empfindlichsten getroffen aber fühlen sich die Demoskopien. Die Wahlsagerin Dr. Noelle-Neumann aus Allensbach fürchtet für die Zukunft: „Das Stimmen-Splitting könnte einen Umfang annehmen, daß wir mit unseren Prognose-Werkzeugen über den Wahlausgang nichts mehr sagen können“ (siehe Interview Seite 84).

Sosehr die Details dieser Wahl das landläufige Schema sprengen, so wenig passen die großen Zahlen ins gewohnte Spiel. „Die regionalen Sonderentwicklungen“, bemerkt das Bad Godesberger Institut für angewandte Sozialforschung (Infas), „sind bei dieser Bundestagswahl stärker gewesen als bei früheren Wahlen.“

Die Sozialdemokraten erzielten im Agrarland Schleswig-Holstein, wo die



Wahlnacht 1969 (ARD-Studio): Kandidaten im Stimmbruch

dieser Wahlsonntag die politische Szenerie. Nach überkommener Art ließ sich der Zahlenkode nicht mehr dechiffrieren. Die älteste Partei erschloß eine neue Wählerschicht. Im Ringtausch wechselten Stimmbürger unter Christ-, Frei- und Sozialdemokraten. Und zweideutig gaben sie sich in der Wahlkabine, wo sie mehr als je zuvor zwischen Kandidat und Couleur unterschieden.

Noch in der Wahlnacht machten sich die Sozialforscher daran, das Stimmengewirr zu entflechten. Lauter Ungereimtes ließ es beschwerlich erscheinen, sich auf Wahl und Wähler einen Vers zu machen.

In Heidelberg hatten die Bürger, wie eh und je, die CDU zur stärksten Partei erkoren. Wahlkreissieger aber war ein Sozialdemokrat geworden — Finanzexperte Alex Möller, der 45,8 Prozent aller Erststimmen bekam.

Im Wahlkreis Saarbrücken-Land mußten alle drei Bundestagsparteien Verluste hinnehmen. Dort gewann allein die NPD (6,7 Prozent), die sonst in Wahldeutschland nicht gelitten war.

pelten, erlitten gleichwohl die bitterste Niederlage ihres Daseins.

Ein sicherer SPD-Wahlkreis, das schwäbische Ludwigsburg, in dem sich die Genossen seit 1949 behauptet hatten, fiel nun an die CDU — das einzige Direktmandat, das die Christdemokraten im Bundesgebiet neugewannen. Ein sicherer CDU-Hort, der Wahlkreis Karlsruhe, ging an die SPD verloren — Christdemokrat und Ex-Generalbundesanwalt Max Güde kommt nicht in den Bundestag, weil es niemand für notwendig gehalten hatte, ihn auf der Liste abzusichern.

Pittoreskes Randgeschehen fügte sich nicht in das prosaische Zahlenbild, das die Computer nach dem Urnengang entwarfen. An der Peripherie der Wahlstatt empfingen die Parteien unerwartete Streiche. Auf der Nordsee-hallig Gröde, deren 11 wahlberechtigte Bewohner seit 20 Jahren CDU wählten, musterte diesmal ein Inselfriese ab: Er gab die Erststimme der SPD, die Zweitstimme der ADF.

Im fränkischen Füttersee, wo un-



SPD-Wahlsieger Käte Strobel, Steffen: Wo es mehr Autos gibt ...

Partei des „roten Jochen“ Steffen entschlossen Linkskurs steuert, einen respektablen Zugewinn von 4,8 Prozent. An der Saar hingegen mußte sich die SPD mit einer mageren Marge von 0,1 Prozent Zuwachs bescheiden.

In ihrer Hochburg Hamburg erzielte die SPD mit 6,3 Prozent den höchsten Gewinn dieser Wahl und eroberte auf direktem Wege wieder sämtliche Stimmkreise. In ihrem Musterland Hessen aber, das seit 1949 von den Sozialdemokraten geführt wird und in dem parlamentarische Opposition kaum stattfindet, blieb sie mit 2,5 Pluspunkten unter ihrem Bundesdurchschnitt.

Die herbstlichen Verluste mußten die Freidemokraten in ihren liberalen Stammländern in Baden-Württemberg hinnehmen; sie sackte im Ländle der Theodor Heuss und Reinhold Maier von 13,1 Prozent auf 7,5 Prozent. In Bremen freilich, ebenfalls seit je eine Feste der Liberalen, stellen sie nun prozentual die stärkste Regionalmacht der FDP.

Diffus ist das Zahlenbild in Bayern. Die Sozialdemokraten büßten in der

traditionell roten Stadt Hof Stimmen ein, die CSU jedoch nahm dort deutlich zu. Im tiefschwarzen Würzburg bekam die SPD 3,6 Prozent mehr als vor vier Jahren, die Christlich-Sozialen aber konnten sich nur mühsam behaupten. In einigen Regionen, etwa im katholischen Eichstätt oder im protestantischen Rothenburg ob der Tauber, nahmen beide großen Parteien gemeinsam zu. Anderwärts jedoch, wie in der industriestarken Goggo-Stadt Dingolfing und im ländlichen Pfarrkirchen, verloren sie beide an Stimmen — und rätselhaft ist, wer davon profitiert hat.

Gleichwohl blieb unter den Kreuzen des Südens („Passauer Neue Presse“: „Viele Wähler gingen jeweils nach den Gottesdiensten zur Wahl“) Straußens Christsozialen die absolute Mehrheit (54,4 Prozent). Und wie das Ergebnis der Unionsparteien ohne das schwarze Landvolk im bayrischen Freistaat nicht zustande gekommen wäre, so war der Gewinn der SPD nicht möglich ohne den Stimmenzuwachs an Rhein und Ruhr. In Nordrhein-Westfalen, wo mit 11,2 Millionen Wahlberechtigten



... gewinnt die SPD: CDU-Wahlverlierer Güde, Prinz Sayn-Wittgenstein



„Pistenrevolution“  
**Kastinger**

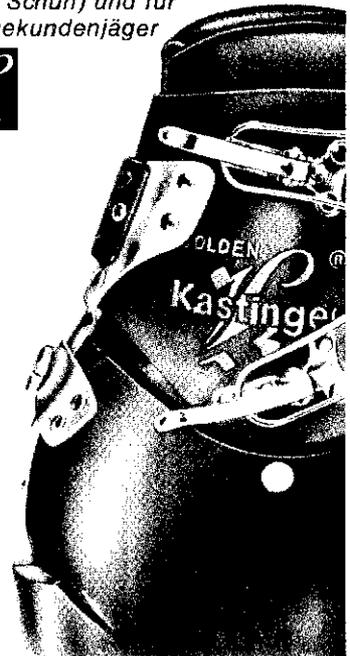
**FUTURA**

Das ist der Schischuh,  
 der alles aus dem  
 Rennen wirft.  
 Nichts bringt ihn  
 aus der Form.  
 Kantenkratzer gibt es  
 nicht. Denn Polyurethan ist  
 hart im Nehmen.

Und nasse Füße hat es  
 einmal gegeben.

Die Wedeltechnik ist ein-  
 konstruiert: optimale Vorlage,  
 schmal, für schmale Schiführung,  
 gelenkiger Oberschaft.

Kastinger Futura für Schifans,  
 für Après-Schifans (Schuh im  
 Schuh) und für  
 Millisekundenjäger



Besser,  
 als alte Schischuhe der Vergangenheit.

fast ein Drittel der Stimmbürger wohnt, steigerten sich die Sozialdemokraten um 4,2 Prozent, die Christdemokraten verloren 3,5 Prozent. Zum erstenmal seit 20 Jahren ist die SPD dort aus Bundestagswahlen als stärkste Partei hervorgegangen, sie nahm den Christdemokraten überdies zwölf von 38 Direktmandaten ab.

„Die Politik der Landesregierung, die unterschiedlichen Wahlkampfanstrengungen der Parteien, die politische Tradition einer Landschaft“ sind nach Meinung der Bad Godesberger Sozialforscher haftbar für die regionalen Merkwürdigkeiten des Wahlausgangs. Gleichwohl spürten die Wissenschaftler im Labyrinth der Widersprüche die allgemeinen Tendenzen auf, die das Ergebnis vom 28. September transparent machen. Befragt

(minus 7,8) wie in Südwürttemberg-Hohenzollern, wo die Freidemokraten 5,8 Stimmprozente hergeben mußten, die Christdemokraten sich jedoch um 1,4 Prozent verbesserten.

In einigen Gebieten freilich war auch die NPD Nutznießer des FDP-Debakels; so in Fritzlar-Homberg, wo die Liberalen um elf Prozent zurückgingen und die Nationaldemokraten 4,6 Prozent hinzugewannen.

Daß die Christdemokraten sich auch deshalb behaupten und teilweise sogar zunehmen konnten, weil sie der FDP Wähler abspenstig gemacht haben, erhellt aus dem Faktum, daß die CDU überall dort ihre stärksten Einbußen erlitt, wo die SPD starke Gewinne buchte.

In Schleswig-Holstein verlor die CDU 2,1 Prozent (SPD: plus 4,8), in



Nürnberger Nachrichten

„Soll das heißen, daß Oma und ich nicht nach deinem Geschmack gewählt haben?“

mit Daten, die aus Umfragen kurz vor dem Wahltag und dem konkreten Stimmzettelergebnis resultierten, ergründeten Computer und Analytiker das Woher und Wohin der Wählerbewegung.

Nach den Recherchen des Bad Godesberger Soziologen Klaus Liepelt fand „am Wahltag ein Ringtausch unter den Wählern aller Parteien statt“: Die Sozialdemokraten ergatterten die meisten Zugewinne auf Kosten der CDU, die FDP mußte die meisten Anhänger an die Christdemokraten abgeben.

So blieb denn die CDU überall dort stabil oder verbesserte sich gar, wo die Freidemokraten überdurchschnittlich starke Verluste hinnehmen mußten. Im hessischen Waldeck zum Beispiel ging die FDP um 12,4 Prozent zurück, die CDU hingegen steigerte sich um 4,9 Prozent. In Heilbronn bekamen die Christdemokraten 4,5 Prozent Zuwachs, die FDP verlor dort 10,4 Prozent. Nicht anders in Großregionen:

In Nordhessen profitierte die CDU (plus 2,2) ebenso zu Lasten der FDP

Hamburg sackte sie um 3,6 Prozent ab (SPD: 6,3 Prozent Gewinn) und in Nordrhein-Westfalen um 3,5 Prozent (SPD: 4,2 Prozent mehr).

So auch in kleineren Räumen: Im Münsterland schrumpfte die CDU um 4,5 Prozent, die SPD aber kletterte um 5,2 Prozent, in Sauer- und Siegerland gewann die SPD 4,6 Prozent, und die CDU registrierte einen Verlust von 3,1 Prozent.

Noch deutlicher wird der Trend in den Wahlkreisen. Köln II etwa notierte 10,2 Pluspunkte für die Sozialdemokraten, aber 9,3 Minuspunkte bei der Christenunion, die im Rheinisch-Bergischen Kreis um 8,2 Prozent zurückging — wo die SPD sich um 9,7 Prozent steigerte.

Wenigstens ein Drittel aller Neugewinne der SPD rekrutierte sich, wie das Infas-Institut ermittelte, aus früheren CDU- und CSU-Anhängern, 41 Prozent gaben die Erstwähler her, nur zwölf Prozent wechselten von der FDP über.

Auf den Spuren des Wählerwanderwegs begegneten die Soziologen einem neuen Wahlwesen: dem „Bürger Trend“ (Liepelt), der den

# Wie geht's?

Keine leere Floskel, sondern eine Frage, die Sie sich einmal ganz allein, ganz ernsthaft selbst beantworten sollten.

1. Stehen Sie ständig, oder auch nur gelegentlich unter Druck (Stress)?
2. Haben Sie manchmal Angst, »es nicht zu schaffen«?
3. Haben Sie gelegentlich das Gefühl, um Jahre älter zu sein?
4. Fehlt es Ihnen an Schwung und Konzentrationsfähigkeit?
5. Waren Sie vielleicht krank und kommen jetzt langsam, viel zu langsam wieder hoch?

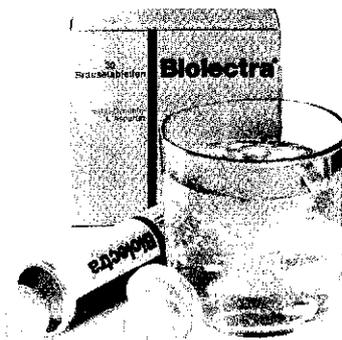
Wenn Sie alle Fragen mit »nein« beantworten können, dürfen Sie jedem sagen: »mir geht's gut!« Denn es stimmt. Wenn Sie aber auch nur ein einziges »ja« zugeben müssen, sollten Sie etwas unternehmen. Es gibt durchaus Möglichkeiten, besorgniserregende Symptome zu bekämpfen!

## Das neue Rezept, das neue Kräfte gibt

**Wenn Sie abgespannt und müde sind, sich überfordert fühlen und um Jahre älter, wenn Sie nach einer Krankheit wieder Kräfte sammeln müssen —**

## Biolectra® Brausetabletten

In Ihrer Apotheke



Angenehm und bekömmlich

langjährigen SPD-Genossen Trend verdrängt hat.

Zum erstenmal in ihrer Geschichte gelang den deutschen Sozialdemokraten, in die festgefügte, traditionelle Mittelschicht einzudringen. „Der große Durchbruch, der mit dem Godesberger Programm der SPD prophezeit worden war“, erläutert Soziologe Liepelt das Phänomen, „ist erst jetzt erfolgt.“

Zwar hatten sich die Sozialdemokraten bereits 1965 und vor allem in der nordrhein-westfälischen Landtagswahl 1966 in bürgerlichen Randgruppen angesiedelt. Bei den „Wählern mit Mehrfachbindungen“ (Soziologen-Jargon) — die sich in einer sozialen Zone zwischen Arbeitern und Mittelständlern angesiedelt haben, etwa von Beamten mit Gewerkschaftsbindung, konsumorientierten Arbeitern oder Angestellten mit proletarischer Familientradition repräsentiert werden und rund 25 Prozent des Wahlvolks ausmachen — verbesserte sich die SPD im Vergleich zur letzten Bundestagswahl von 38 auf 47 Prozent; die CDU hingegen verlor in dieser Kategorie neun Prozent ihrer Anhängerschaft.

Nun aber durchbrachen die Sozialdemokraten den inneren Ring einer festen Burg der bürgerlichen Parteien. Aus der Gruppe der traditionellen Mittelständler — für die konfessionelle oder gewerkschaftliche Bindung ohne Belang ist, die aus mittelständischer Familie stammen und mehr als 20 Prozent der Wählerschaft stellen — wählt nun jeder dritte sozialdemokratisch. Die SPD verbesserte sich um neun Punkte von 22 auf 31 Prozent, die CDU büßte drei Prozent aus dieser Schicht ein.

Freilich: Selbständige Gewerbetreibende oder Landwirte befinden sich, wie die Sozialforscher schließen, kaum unter diesem SPD-Zuwachs. Als Indiz dafür dient den Wissenschaftlern die spezielle soziale Struktur jener Wahlkreise, in denen die SPD besonders hohe Gewinne verbuchte. „Die Zunahme der SPD“, so eine Infas-Analyse, „war um so höher, je stärker der Anteil der in Handel, Dienstleistungen und Verwaltung Beschäftigten ist.“

Zwar reicht im allgemeinen das städtische Gepräge einer Wählerschaft hin, um der SPD hohe Stimmenanteile zu sichern. Doch den Rekordzuwachs vereinnahmte die Partei in urbanen Gebieten, in denen mittleres Management, hohe Angestelltenquoten und starker Bürokratenanteil die reine Industriestruktur ergänzen — dort, wo die Zahl der Telephonanschlüsse, Schreibmaschinen und Aktenordner höher als anderswo ist.

So gewann zum Beispiel in 14 Wahlkreisen des Nordost-Ruhrgebiets mit seinen Zechen und Stahlwerkstädten die SPD diesmal 2,3 Prozent hinzu. Im Raum Köln-Bonn aber, der ebenfalls von Industrie durchsetzt ist, doch besonders stark von Verwaltungs- und Dienstleistungsunternehmen (etwa: Versicherungen) geprägt wird, steigerte sich die SPD in zehn Wahlkreisen um insgesamt 8,6 Prozent



Soziologe Liepelt  
Einst keine Experimente...

— die CDU büßte in dieser Region 7,6 Prozent ein.

In Wahlkreisgruppen mit niedrigem „Dienstleistungsanteil“ bekamen die Sozialdemokraten 38,8 Prozent der Stimmen, in Gruppen mit hohem Anteil jedoch 47,9 Prozent. Die CDU bekam bei hohem Dienstleistungsanteil durchschnittlich nur 39,7, bei niedrigem Anteil hingegen 50,9 Prozent.

Und diese Entwicklung, so glauben Soziologen, hat die SPD auch in einschlägig strukturierten Städten wie Hamburg (54,6) und Kiel (52,1) begünstigt, im Industrie- und Verwaltungsdreieck Nürnberg-Fürth-Erlangen, wo Großfirmen wie Grundig, Quelle, AEG und Siemens einen unselbständigen Mittelstand erzeugen, in Verwaltungsstädten wie Münster oder Stuttgart, Oldenburg oder München.

Belegt wird dieser SPD-Trend bei konsumorientierten Bürgern in urbanisierten Gebieten — eine soziale Mixtur, die der Sozialdemokratie in den letzten 16 Jahren 17 Prozent Stimmenzuwachs eintrug — in der Sicht der Wahlanalysen auch durch



Soziologe Scheuch  
... nun kleine Experimente

Auto-Besitz. In Gebieten mit niedriger Pkw-Dichte, so ermittelten die Forscher, nahm die SPD bei dieser Wahl nur um 2,5 Prozent zu, bei hohem Pkw-Aufkommen hingegen steigerte sie sich um 4,7 Prozent.

In dieses Bild fügt sich, daß die Sozialdemokraten in den städtischen Einzugsgebieten, in denen sich vielfach Arrivierte angesiedelt haben, überdurchschnittlich hinzugewannen. So in den Hamburger Randgebieten Pinneberg (5,6 Prozent Zugewinn), Reinbek (9,8 Pluspunkte), Ahrensburg (7,5) oder im Wahlkreis München-Land, der, obwohl weithin noch ländlich strukturiert, der SPD doch 3,1 Prozent Zugewinn eintrug. Im exklusivsten Kieler Wahllokal Reventlow-Schule verlor die CDU 7,5 Prozent, während die SPD um 8,7 Prozent kletterte.

„Offenbar“, so mutmaßt Sozialforscher Klaus Liepelt, „spielt für den von der CDU herkommenden SPD-Wähler der Umgang mit SPD-Anhängern im Alltag eine stimulierende Rolle.“ Und der Kölner Soziologie-Professor Scheuch schildert Erfahrungen aus der eigenen sozialen Sphäre: „Die Leute aus dem Mittelstand, die immer noch CDU wählen, entschuldigen sich ja heute quasi dafür.“

Die Gruppe der leitenden Angestellten, höheren Beamten, Freiberuflichen und selbständigen Akademiker, so ermittelten Scheuchs Mitarbeiter Dr. Hans-Dieter Klingemann und Dr. Franz Urban Pappi, stellte vor vier Jahren nur vier, nun aber rund zehn Prozent der SPD-Wählerschaft.

Beweggründe, die den Bürger Trend an die Seite der Sozialdemokratie getrieben haben, entsprechen, wie es scheint, einer Grundstimmung der westdeutschen Wählerschaft. Die Gegensätze zwischen den großen Parteien, die in der Programmatik längst abgebaut sind, verwischen sich nun auch in der Wählerschaft. „Es gibt“, so Soziologe Scheuch, „keine feindlichen Volksstämme mehr.“ Und: „Endlich einmal verwechselten die Leute nicht die Wahl mit dem Ausdruck eines Glaubensbekenntnisses.“

In einer Wertskala des Kölner Zentralarchivs für empirische Sozialforschung kletterte die Einschätzung der CDU/CSU durch die SPD-Wähler von +3 im Jahre 1961 über +20 (1965) auf nunmehr +161. Umgekehrt steigerte sich die Sympathiekurve der CDU/CSU-Wähler für die SPD von -21 über +8 auf +162. Der Mannheimer Politologe Professor Dr. Rudolf Wildenmann zu dieser ideologischen Entrümpelung: „Die überzeugten Anhänger politischer Parteien sind auf unter 20 Prozent zurückgegangen, seit in Bonn die Große Koalition gebildet worden war.“

Das überkommene Wahlkampfmittel, den Horror des Wählers vor dem roten Osten auf Kosten der SPD zu mobilisieren, erscheint unter solchen Umständen nicht mehr zugkräftig. Der Ungarn-Aufstand 1956 etwa vermochte, wie Umfragen ergaben, das Wahlergebnis noch zu beeinflussen. Der Sowjet-Überfall auf die Tschechoslo-

wakei indessen wurde von der Wählerschaft nur noch als Hausstreit im Ostblock registriert.

Wie die Furcht vor dem bolschewistischen Buhmann kaum noch geeignet erscheint, die SPD in Wahlzeiten zu bedrängen, so werden die Sozialdemokraten kaum noch für Unruhe im Innern haftbar gemacht: Wilde Streiks und Apo-Lamento vermochten den Zugewinn der SPD nicht zu schmälern. In Kiel beispielsweise, wo sowohl Studenten auf die Straße gingen als auch Arbeiter vor den Werkstoren demonstrierten, verbesserte sie sich von 47 auf 52,1 Prozent; die CDU büßte 3,2 Punkte ein.

Nicht mehr die Angst um Arbeitsplätze, schon gar nicht mehr das Kalte-Krieg-Denken bestimmen das Empfinden der deutschen Wählerschaft, sondern Stabilität und Ausbau der sozialen Umwelt. Professor Wildenmann: „Es mögen tausend unterschiedliche Motive gewesen sein, die die Wähler zur Stimmabgabe bewegt haben. Sicher aber ist, daß die Fragen des Wohlstandes und des Einkommens alle anderen überdecken.“

59 Prozent der SPD-Anhänger und immerhin 48 Prozent der CDU-Sympathisanten sind nach einer Untersuchung des Instituts für angewandte Sozialwissenschaft besorgt über die Disparität zwischen Preis- und Lohn-

entwicklung. 40 Prozent aller Wähler aber sind der Meinung, der SPD-Minister Schiller Sorge mehr für stabile Preise als der CSU-Minister Strauß; nur 23 Prozent votieren in diesem Punkt für den Finanzminister.

Ganz allgemein, so glaubt Soziologe Scheuch, „wird die SPD für die im sozialtechnischen Sinne kompetentere Partei gehalten“ — etwa, wenn es um den Ausbau des Bildungssystems, der Verkehrswege oder der Gesundheitsfürsorge geht.

Dazu aber bedarf es in der Sicht vieler Wähler keines liebevollen Patriarchen mehr, sondern eines Teams von tüchtigen Fachleuten. Auf die Frage, ob sie an der Urne eher über den Bundeskanzler oder über „die richtigen Leute“ mitentscheiden möchten, sprachen sich 27 Prozent für die Kanzler-Mitwahl aus, aber 62 Prozent verstanden sich als Promoter einer regierenden Mannschaft.

So mag es für den Wahlausgang von Bedeutung gewesen sein, daß zwar zu Beginn der Großen Koalition noch den Christdemokraten das bessere Team zugebilligt, am Ende der Regierungszeit aber die SPD-Riege favorisiert wurde. „Kiesingers Versuch“, so Soziologe Liepelt, „Schiller in der Währungsfrage abzuwerten, hat den Wirtschaftsminister nur aufgewertet, denn

die Leute sagen: Der wird wohl ein bißchen mehr von der Sache verstehen.“

Freilich: In Wahlverhalten hat sich die veränderte Grundstimmung des Stimmbürgers noch kaum umgesetzt. Im traditionellen Arbeiterbereich blieb der SPD-Anteil (60 Prozent) ziemlich konstant, und auch in rein katholischen Regionen konnten die Sozialdemokraten ihr Kontingent (16 Prozent) nur mäßig aufbessern.

Nur bei den konsum- und kommunikationsfreudigen Mittelständlern in den Hochhaus-Hochburgen reichte die veränderte Weltanschauung bis zum Wahllokal.

Immerhin, auch dem übrigen Wahlvolk erscheinen Veränderungen aller Art nicht mehr so suspekt wie zuvor. Nur noch 37 Prozent der Wähler sind nach Infas-Recherchen für den Slogan „Keine Experimente“ empfänglich, rund 50 Prozent, mithin die Hälfte des Wahlvolks, sind neuen Wegen zugetan — von den Männern bis 24 sogar 77 Prozent und von den 25- bis 34jährigen immerhin 67 Prozent.

Freilich: Radikale Veränderungen wünscht auch diese Mehrheit nicht. „Ein bißchen mehr Risiko“, erläutert Kölns Scheuch, „nichts anderes, nur Besseres.“ Oder anders: statt keine Experimente kleine Experimente.

